



MARKUS FERBER, MdB

Derzeit steht auf europäischer Ebene eine Fülle wichtiger Weichenstellungen an, um unsere Finanzmärkte krisenfest zu machen. Unter den Schlagwörtern Basel III, Bankenunion, Hochfrequenzhandel, Anlegerschutz und dem Verbot von Leerverkäufen wurde als Lehre aus der Krise schon einiges erreicht. Wichtige Bausteine für einen starken und krisenfesten europäischen Finanzplatz stehen kurz vor dem Abschluss. Die EU arbeitet mit Hochdruck daran einen neuen Ordnungsrahmen zu schaffen, damit mehr Stabilität, Transparenz und Vertrauen in die Finanzmärkte zurückkehren.

BANKENAUF SICHT UND BANKENUNION

Die von der EU geplante Bankenunion in Europa soll künftige Krisen verhindern und die Währungsunion absichern. Die Krise hat uns deutlich aufgezeigt, dass Koordination allein nicht mehr ausreicht und ein großes Problem offengelegt – nämlich die enge Verbindung zwischen der Fragi-

Heißer Herbst in Europa Finanzmärkte krisenfester gestalten

lität des europäischen Finanzsektors und der nationalen Haushalte. Während die Banken zunehmend grenzüberschreitend tätig waren, erfolgte ihre Überwachung weiterhin auf nationaler Ebene. Aufgrund des vernetzten europäischen Finanzmarktes und der Ansteckungsgefahr, die eine Finanzkrise in einem Land auf die Banken der anderen Eurostaaten hat, ist es sinnvoll diese Aufgabe auf die europäische Ebene zu übertragen. Wir brauchen eine stärkere Überwachung und Integration auf EU-Ebene, um künftige Banken Krisen zu vermeiden und das Vertrauen in das Finanzsystem wiederherzustellen und die Sparer zu schützen. Doch die Vorstellungen, wie die Bankenunion konkret aussehen soll, gehen weit auseinander.

Die Vorschläge der Kommission zu einer europäischen Bankenaufsicht sind ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Dennoch besteht Verhandlungs- und Konkretisierungsbedarf in einigen kritischen Punkten. Der vorgestellte Plan zur Bankenunion sieht als ersten Schritt die Einrichtung einer zentralen Aufsichtsinstanz für die mehr als 6000 Banken der Euro-Zone unter Führung der Europäischen Zentralbank (EZB) vor. Die Gründung europäischer Fonds zur Einlagensicherung und Bankenabwicklung soll der zweite Schritt sein.

Alle 6000 Banken in der Euro-Zone von einer zentralen Aufsicht überwachen zu lassen, macht absolut keinen Sinn. Eine regional verankerte Bank kann nicht mit einer grenzüberschreitend tätigen Investmentbank über einen Kamm geschert werden. Systemrelevante Banken müssen eine strenge europäische Aufsicht bekommen. Lokale Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken

unter europäische Aufsicht zu stellen, wäre Ressourcenverschwendung zu Lasten der Kleinen und am Ende zu Lasten des Sparerers. Zudem birgt es die Gefahr, dass kleine Banken durch eine derartige Strukturveränderung in ihrer Existenz gefährdet werden. Kleine Banken haben nicht das Personal und die Ressourcen um einer europäischen Aufsicht die nötigen Informationen zu liefern und Rechenschaft abzulegen. Nationale Aufsichtsbehörden sind bestens in der Lage, die Probleme von regional tätigen Banken zu kontrollieren. Deswegen dürfen funktionierende Sparkassen, Volks- und Raiffeisenbanken nicht dafür geopfert werden, um marode Großbanken zu sanieren und Einleger des in Deutschland hervorragend funktionierenden Verbundsystems dafür einstehen müssen. Die Aufsicht als Mittel zum Zweck, möglichst rasch die finanzielle Last maroder Banken loszuwerden, ist ein Schnellschuss und macht keinen Sinn.

Außerdem ist auch das Vorhaben, der EZB die zentrale Aufgabe bei der Bankenaufsicht zu übertragen, sehr umstritten. Eine unabhängige Notenbank mit den Aufgaben einer weisungsgebundenen Aufsicht auszustatten, ist ein Widerspruch in sich. Der Aufseher EZB wird in einen gewaltigen Interessenskonflikt geraten. Die Notenbank kann nicht Financier und Polizist zugleich sein. Wie soll sie einerseits politisch unabhängig Geldpolitik betreiben und andererseits als zentraler Aufseher ebenjene Banken, die sie mit Geld versorgt, überwachen? Das Europäische Parlament hat schon vor zwei Jahren eine starke europäische Aufsicht verlangt. Die Notenbank ist jedoch keine allumfassende Wunderwaffe. Deswegen kann die Lösung nur sein, dass die EBA, die Europäische Bankenaufsicht mit >> Seite 2



Bitte vormerken: Generalversammlung
am 15. November 2012, Hotel Bayerischer Hof München

umfassenden Rechten und Instrumenten ausgestattet wird und die Aufgabe einer europäischen Aufsichtsbehörde übernimmt.

ANLEGERSCHUTZ

Falsche Beratung und falsche Anreize haben in der Vergangenheit dazu geführt, dass Kunden Produkte erworben haben, die schlicht nicht den Bedürfnissen und der Risikobereitschaft des Kunden entsprechen haben. Es steht außer Frage, dass wir beim Thema Anlegerschutz mehr Transparenz und Informationspflicht über erbrachte Dienstleistungen und Provisionen des Beraters brauchen. Das Europäische Parlament will Verbraucher bei der Bankberatung besser schützen. Bei einer Anlageberatung sollen Bankberater allein zum Wohl des Kunden handeln. Deswegen brauchen wir künftig Bankberatung ohne Fehlanreize, und der Kunde muss vor Abschluss des Geschäfts vom Berater alle Informationen über die Risiken des Produkts erhalten. Denn nur wenn dem Kunden alle Informationen offen gelegt werden, kann er eine fundierte Entscheidung treffen und wissen woran er ist. Die neuen Transparenzregeln sind enorm wichtig, um verlorengegangenes Vertrauen beim Kunden wieder zurückzugewinnen und ihn vor unnötigen und zu risikoreichen Abschlüssen zu schützen.

In diesem Zusammenhang hat die Kommission auch vorgeschlagen, dass unabhängige Berater keinerlei Gebühren oder Provisionen annehmen dürfen. Ich halte es für den klügeren Ansatz, die Bankberater, wie es sie heute gibt, nicht generell in Frage zu stellen. Ein Provisionsverbot wird keine bessere Anlageberatung für den Verbraucher schaffen. Allerdings muss die Transparenz bei Provisionen und Gebühren verbessert werden, und die neuen Regeln sollten insgesamt vielmehr daraufhin abzielen, Provisionen und Erstattungen, die in einem Finanzprodukt versteckt sind, transparent zu machen und diese auch im Beratungsgespräch zu erläutern. Deswegen muss der Kunde künftig vor Abschluss des Geschäfts, sowohl bei der Anlageberatung als auch bei der Portfolio-

verwaltung, vom Berater darüber informiert werden, ob dieser Provisionen von Dritten für den Verkauf bestimmter Produkte erhält. Die Position des Parlaments zu den neuen Regeln ist bereits im Wirtschaftsausschuss verabschiedet. Jetzt warten wir darauf, bis der Ministerrat seinen Standpunkt festlegt. Je näher der Text des Ministerrats an dem des Parlaments liegt, umso zügiger werden wir die Verhandlungen abschließen können und umso schneller können die Neuerungen in Kraft treten.

HOCHFREQUENZHANDEL

Der algorithmische, automatisch von Computern ausgeführte Handel eroberte in den letzten Jahren als hochtechnisierter Marktteilnehmer die Märkte und macht inzwischen einen Großteil des Handels aus. Jüngste Turbulenzen an den Aktienmärkten wurden durch den computergesteuerten Hochfrequenzhandel und dessen destabilisierende Wirkung verursacht, deswegen brauchen wir dringend eine Entschleunigung in diesem Bereich. Bislang ist dieser Bereich nicht reguliert. Es bedarf mehr Kontrolle und Transparenz sowie Eingriffsbefugnisse der europäischen Aufsicht. Als Berichterstatter für die Regulierung des Hochfrequenzhandels auf europäischer Ebene bin ich mit meinen Vorschlägen deutlich strenger als die Kommission. Zur Entschleunigung des Hochfrequenzhandels brauchen wir Mindesthaltedauern für Orders und Gebühren für einzelne Handelsaktivitäten. Damit soll das permanente Platzen und Zurückziehen von Orders, ohne dass wirkliche Transaktionen stattfinden, deutlich reduziert werden. Wenn ein bestimmter Prozentsatz der Order unerfüllt storniert wird, um den Preis hochzutreiben, müssen Strafzahlungen fällig werden.

Es kann nicht sein, dass mit Computern innerhalb von Sekundenbruchteilen gigantische Mengen von Orders platziert werden können, nur zu dem Zwecke eine künstliche Nachfrage zu generieren und so den Preis in die Höhe zu treiben. Es gibt in diesem Bereich nachweislich sehr wenig Inter-

esse an realen Geschäften. Wer übermäßig viele Orders storniert, bevor sie zur Ausführung gelangen, soll künftig zusätzliche Gebühren zahlen. Auch die automatischen Handelsunterbrechungen bei zu starken Preisschwankungen spielen bei den laufenden Verhandlungen auf europäischer Ebene eine wichtige Rolle. Ein automatischer Stopp ist dabei das geeignete Instrument. Während die Erträge des Hochfrequenzhandels offenbar beachtlich sind, ist ein volkswirtschaftlicher Nutzen nur sehr schwer zu erkennen. Der Hochfrequenzhandel steht im Verdacht, starke Preisbewegungen zu verursachen und die Märkte instabil zu machen. Das zeigte der so genannte „flash crash“ im Mai 2010 in den USA, bei dem einige Wertpapiere in kurzer Zeit über 90% an Wert verloren hatten. Deswegen muss der Hochfrequenzhandel so reguliert werden, dass er für Zocker uninteressant und nicht mehr rentabel ist. Nur so bekommen wir den Hochfrequenzhandel in den Griff, und das rein spekulative Geschäft mit ultraschnellen Transaktionen verliert seinen Reiz.

Die Bundesregierung hat einen Gesetzentwurf beschlossen, mit dem der besonders schnelle, computergestützte Börsenhandel eingedämmt werden soll. Die deutsche Gesetzgebung erfolgt in enger Abstimmung zur Überarbeitung der MiFID-Richtlinien. Denn eine Doppelstruktur soll natürlich vermieden werden. Dennoch leistet die Bundesregierung, indem sie voranschreitet und auf Bundesebene den Hochfrequenzhandel reguliert, einen wichtigen Beitrag. Bei den Verhandlungen im Ministerrat wird es deswegen enorm helfen, auch bei den anderen Mitgliedsstaaten eine Zustimmung für strenge Regeln im Hochfrequenzhandel zu finden.



MARKUS FERBER, MDEP
VORSITZENDER DER CSU-
EUROPAGRUPPE

IMPRESSUM

Herausgeber:

Wirtschaftsbeirat der Union e.V.,
Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.
089-2422860, Fax: 089-291518, www.
wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann,

Redaktionsschluss: 10.10.2012,

Produktion: Weltbuch Verlag GmbH
www.weltbuch.com



DAS DERZEIT PRÄGNANTESTE WERK ZU DEN FUNDAMENTALEN ENTWICKLUNGEN IN DER GLOBALEN ÖKONOMIE IM 21. JAHRHUNDERT.

**Leseprobe, Inhalt, Infos
und Shop finden Sie
Online unter:
www.weltbuch.com**

Paperback gebunden,
232 Seiten, ISBN: 978-3-
938706-38-1, Preis: 17,90 €



Dr. Roberts war 1981 Minister und Berater unter US-Präsident Ronald Reagan und wird als »Father of Reaganomics« bezeichnet. Er ist Mitherausgeber und Kolumnist des Wall Street Journal und Kolumnist bei Business Week, Scripps Howard News Service und Creators Syndicate gewesen. Dr. Roberts ist Vorsitzender des renommierten »Institute for Political Economy«.



Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

der Wirtschaftsbeirat zeigt nicht nur in München Flagge, sondern in ganz Bayern. Die letzten Wochen haben mir wieder Gelegenheit gegeben, Veranstaltungen in einer ganzen Reihe unserer Bezirke zu besuchen. Ich empfinde dies nicht als lästige Pflicht – auch wenn mir bei den nächtlichen Heimreisen gelegentlich bewusst wird, wie peripher die Landeshauptstadt bzw. Augsburg, mein Wohnort, von Teilen Nord- und Ostbayerns aus gesehen liegen. Es ist vielmehr bereichernd, sich mit Unternehmerinnen und Unternehmern in anderen Regionen zu unterhalten und festzustellen, dass auch in den eher ländlich geprägten Teilen Bayerns das Wirtschaftsleben in vielfältiger Weise blüht und gedeiht.

Nehmen wir das Beispiel St. Englmar, wo unser Arbeitskreis Kirchen Anfang Oktober sein Klosterwochenende verbracht hat:

Bis in die Nachkriegszeit hinein eher von Kargheit geprägt, tritt uns heute ein bemerkenswert gepflegter Tourismusort entgegen, dessen Hotellerie und Gastronomie auch gehobenen Ansprüchen gerecht wird. Wer nach Burghausen kommt, ist überwältigt von dem Chemie-„Cluster“, der sich dort entwickelt hat und trotz unzureichender Verkehrsanbindung erfolgreich im globalen Wettbewerb behauptet. Aber auch außerhalb von Clustern finden sich über ganz Bayern verteilt hervorragende mittelständische Betriebe – „Hidden Champions“ – , die für regionale Stabilität und Prosperität sorgen. Mich wundert es deshalb gar nicht, dass die Arbeitslosigkeit in den ländlichen Räumen tendenziell niedriger ist als in den Großstädten und dass in vielen dieser Regionen heute praktisch Vollbeschäftigung herrscht.

So wie Bayern vom hochproduktiven Leistungsgeflecht aus renommierten Großunternehmen und leistungsfähigen kleinen und mittleren Firmen ökonomische Stärke bezieht, so gewinnt es Kraft aus dem Zusammenwirken der Ballungszentren und der ländlichen Räume. Es wäre deshalb falsch, im demografischen Wandel auf eine Politik der passiven Sanierung zu setzen, d.h. die peripheren Regionen langsam ausbluten zu lassen. Das Ziel, gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Landesteilen zu sichern, ist und bleibt richtig. Daran muss sich eine ganzheitliche Regionalpolitik auch künftig orientieren.

Wie erfolgreich sich der ländliche Raum bei alternder und schrumpfender Bevölkerung künftig behauptet, wird entscheidend davon abhängen, wie stark er seine Jugend an sich binden kann. Das wiederum setzt attraktive Bildungsangebote bis in den Hochschulbereich, gut bezahlte, hochwertige Arbeitsplätze und eine ausgebaut

moderne Infrastruktur voraus. Gleichzeitig geht es darum, die Vorzüge eines Lebens auf dem Land offensiver zu kommunizieren. So lässt sich Wohneigentum, in den ländlichen Regionen offenkundig leichter und schneller bilden als in München – für viele junge Leute zusammen mit der Familiengründung ein wichtiges Ziel der Lebensplanung. Der ländliche Raum kann und muss dabei selbst mehr für sein Image tun. Darauf ist vor kurzem bei einem Kammingespräch von Wirtschaft und Politik im Jurakreis zu Recht hingewiesen worden.

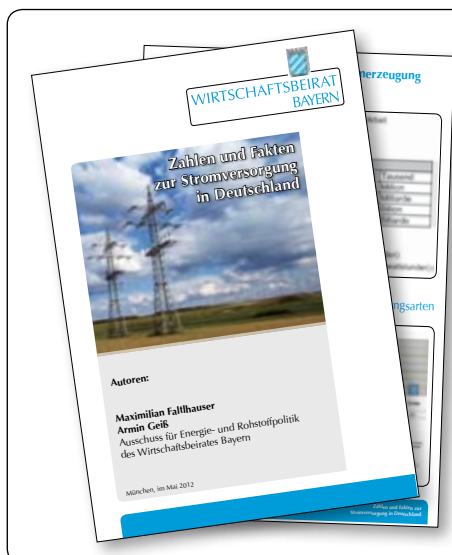
Und noch eines ist klar: Infrastruktur in den ländlichen Gebieten zurückzubauen, weil Menschen abwandern, und zusätzliche Infrastruktur in den Zentren der Zuwanderung neu zu errichten, ist teurer als den Menschen durch eine aktive Regionalpolitik die Chance auf Heimat zu erhalten. Die Staatsregierung bekennt sich ohne Wenn und Aber zum ländlichen Raum. Das ist gut so. Ohne ihn wäre Bayern ärmer.

Themenwechsel: Die Generalversammlung am 15. November im Bayerischen Hof in München rückt näher. Ministerpräsident Horst Seehofer wird seine Grundsatzzrede unter den Titel „Stabilität, Kraft zur Zukunft, Wille zum Erfolg: Perspektiven für Bayern“ stellen. Nach ihm wird SoFFin-Chef Dr. Christopher Pleister sprechen. Wir haben ihn um eine objektive Einschätzung der Stabilität an den Finanzmärkten gebeten. Dr. Wiesheu und ich würden uns freuen, Sie bei der Generalversammlung und beim anschließenden Empfang der Staatsregierung, vertreten durch den Bayerischen Staatsminister der Finanzen, Dr. Markus Söder, begrüßen zu können.

Herzlichst

Ihr

Jürgen Hofmann



Fordern Sie die Broschüre: **„Zahlen und Fakten zur Stromversorgung“** gratis an:

Wirtschaftsbeirat Bayern

Tel. 089-2422860

Fax: 089-291518

Mail: info@wbu.de

Anzeigen im **KOMPASS** bringen Kontakte!

Fordern Sie die Mediadaten

an: per Mail: weltbuch@mac.com

oder geben Sie den Link: <http://db.tt/QmobHvPD>

in Ihren Internet-Browser ein und Ihnen wird automatisch die PDF übertragen.



MARKUS BLUME, MdB

DIGITALISIERUNG – DIE HERAUSFORDERUNG FÜR BAYERNS WIRTSCHAFT

Weltweit hat die dritte industrielle Revolution begonnen: Nach Dampfmaschine und Fließband ist mit der Digitalisierung die nächste Stufe der Industrialisierung eingeleitet. Sie erfasst alle Lebens-, Wirtschafts- und Arbeitsbereiche, sie bietet neue Chancen für Unternehmen, im Bildungsbereich und für die Bürgergesellschaft – und sie hält auch neue Herausforderungen bereit. Vor allem die Wirtschaft steht vor einem tiefgreifenden Wandel: Die digitale Wende verändert Wertschöpfungsketten und Märkte, lässt neue Unternehmen entstehen und birgt ein gewaltiges Innovationspotenzial. Nahezu alle Unternehmen in Bayern – von kleinen mittelständischen Handwerksbetrieben bis hin zu den großen DAX-Konzernen – sind auf kurz oder lang von diesem gewaltigen wirtschaftlichen Umwälzungsprozess betroffen. War Europa bei der ersten Digitalisierungswelle – die neue globale Player wie Google, Facebook & Co. hervorgebracht hat – nur Zaungast, so haben wir gerade in Bayern einen gewaltigen Startvorteil bei dem, was da kommt. Bayern hat die einzigartige Chance, weltweit der Standort zu sein, der industrielle Stärke mit Anwendungen der digitalen Welt vereint.

BAYERN 3.0 – DIE DIGITALISIERUNGSTRATEGIE FÜR DEN FREISTAAT

Wie bei jedem technologischen Innovationsschub gehen auch bei der digitalen Revolution Chancen und Risiken Hand in Hand. Vorausschauende Politik verschließt nun nicht die Augen vor dem Fortschritt, sondern nutzt die Zukunftschancen der digitalen Revolution aktiv. Auf ihrer vergangenen Klausurtagung in Kloster Banz hat die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag

Bayern 3.0

Digital in die Zukunft

deshalb eine Digitalisierungsstrategie unter der Überschrift „Bayern 3.0“ beschlossen und will diese in den kommenden Jahren im Staatshaushalt mit einer Milliarde Euro auch finanziell unterlegen.

Bayern 3.0 ist in diesem Sinne die Antwort der CSU als Volkspartei auf das Internet, nämlich eine verantwortungsvolle Nutzung, ja Dienstbarmachung in allen Lebensbereichen zu erzielen. Die Digitalisierungsstrategie ist deshalb auch nicht nur auf die Wirtschaft gerichtet, sondern umfasst auch den Bildungsbereich (z.B. „digitales Klassenzimmer“) und die Neujustierung des Verhältnisses von Bürger und Staat in Zeiten des Internet (z.B. „digitale Bürgergesellschaft und digitale Heimat“).

Bayern 3.0 ist vor allem aber auch der nächste – dritte – Modernisierungsschritt unseres Landes. Nach der Phase der Industrialisierung unter Franz-Josef Strauß und der Zeit der Zukunfts- und High-Tech-Offensiven unter Edmund Stoiber soll Bayern nun als nächste Stufe mit all seinen erarbeiteten Stärken zum führenden Land Europas im digitalen Zeitalter werden.

DIGITALISIERUNGSMILLIARDE – DER INVESTITIONSRAHMEN FÜR BAYERNS ZUKUNFT

Der Bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer hat angekündigt, das Thema der Digitalisierung zum Schwerpunkt in der kommenden Legislaturperiode zu machen und dafür eine zusätzliche „Digitalisierungsmilliarde“ aufwenden zu wollen. Damit soll ein digitaler Aktionsplan bis 2018 umgesetzt werden. Wesentlicher Bestandteil dieses Aktionsplans wird sein, in Bayern ein weltweit einmaliges wirtschaftliches „Ökosystem“ zu kreieren, in dessen Umfeld eine neue Gründerkultur, ein kreativer Innovationsgeist und eine prosperierende wirtschaftliche Dynamik entstehen können. Ein solches Umfeld für Industrieprodukte und Dienstleistungen im digitalen Zeitalter wollen wir als CSU in drei Schritten befördern:

Erstens wollen wir bestehende Schwächen Bayerns im Hinblick auf IT-Kompetenzen abstellen. Zwar ist Bayern der führende IT-Standort in Deutschland; aber die bedeutenden IT-Ideen kommen nach wie vor aus den USA. Diese Innovationslücke wollen wir in den kommenden Jahren kontinuier-

lich verringern, indem wir die IT-Kompetenzen im Freistaat stärken. Durch den Ausbau entsprechender Fachbereiche an den bayerischen Hochschulen, neue Forschungsbünde und ein Center of Excellence wollen wir die Spitzenforschung im IT-Bereich in Bayern auf Augenhöhe mit den US-Spitzenuniversitäten heranführen.

Zweitens wollen wir nicht nur die besten IT-Köpfe an unseren Hochschulen locken, sondern mit ihrer Hilfe Bayern auch zu einem weltweit führenden IT-Standort weiterentwickeln. Dafür wollen wir einen IT-Gründerboom in Bayern auslösen. Beispielsweise sollen „IT-Gründergaragen“ in Bayern entstehen, in denen angehende Existenzgründer ein attraktives Umfeld und wichtige Hilfestellungen vorfinden, um mit einer guten Geschäftsidee die ersten Schritte in den Markt gehen zu können. Zudem soll der Freistaat einen „Bayern digital“-Fonds mit Startkapital gezielt für neue Geschäftsideen im Internet auflegen. Und wir wollen angehende Hochschulabsolventen in Innovationsmanagerschulen an ihren Hochschulen gezielt auf diese neue Geschäftswelt ausbilden. Sie sollen ihr erworbenes Wissen so erfolgreich in zukunftsfähige Geschäftsmodelle umsetzen.

Und drittens wollen wir die wissenschaftlich und wirtschaftlich neu gewonnenen IT-Kompetenzen mit Bayerns industriellen Stärken kombinieren. Bayerns Stärken werden im digitalen Zeitalter nicht nur in der Produktentwicklung, sondern auch im Bereitstellen von kompletten Systemen liegen, in denen sich einzelne Produkte, Dienstleistungen, intelligente Steuerung und smarte Applikationen vereinen. Das intelligente Energiesystem, das smarte Verkehrssystem und das integrierte Gesundheitssystem sind Beispiele für vernetzte Lösungen aus einem Guss – made in Bavaria. Bayern soll hier zum Leitanbieter und Leitmarkt werden, und zwar in der kompletten Wertschöpfungskette vom Maschinen- und Anlagenbau bis hin zu App-Entwicklung und Service-Angebot. Voraussetzung ist, die entsprechenden IT-Innovationen in diesen Bereichen mit Hilfe des bayerischen Ingenieurwissens in neue Anwendungen zu bringen. Um dies zu befördern, wollen wir Unternehmens- und Forschungskooperationen anstoßen und neue Unternehmen nach Bayern locken. Dazu wollen wir in den kommenden Jahren die bayerische Clusterstrategie anpassen und die >> Seite 5

Technologietransferzentren – insbesondere im Hinblick auf die neuen IT-Herausforderungen im Mittelstand – weiterentwickeln. Gleichzeitig sollen Leitmesse und Fachkonferenzen die Vorreiterposition Bayerns für die neue Wirtschaftswelt zwischen klassischer Industrie und IT-Welt unterstreichen. Angesichts der Risiken durch Cyberespionage und Cyberangriffe stellt auch die IT-Sicherheit einen entscheidenden Standortfaktor dar, den wir in Bayern durch ein Cluster für (Cyber)Security gezielt ausbauen wollen.

AKTIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK – AUCH IM DIGITALEN ZEITALTER AKTUELL

Bayerns aktive Wirtschaftspolitik setzt weder auf einen „laissez-faire“-Kapitalismus noch auf einen Staatsdirigismus. Wir stellen uns unserer wirtschaftspolitischen Verantwortung, wissen aber nicht alles besser. „Bayern 3.0“ ist deshalb kein abgeschlossenes Konzept. Vielmehr stellt es eine Masterplattform, eine Art „Betriebssystem“ von politischen Zielen dar. Im Dialog mit Wirtschaft und Wissenschaft wollen wir in den kommenden Jahren die wirksamsten Maßnahmen umsetzen, damit Bayern auch im digitalen Zeitalter ein wirtschaftliches Erfolgsland bleibt. Zu diesem Austausch lade ich die Mitglieder des Wirtschaftsbeirates herzlich ein und freue mich auf gute Anregungen!

MARKUS BLUME, MDL

VORSITZENDER DER CSU-WIRTSCHAFTSKOMMISSION UND SPRECHER DER JUNGEN GRUPPE DER CSU-LANDTAGSFRAKTION

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Christoph Müller, Dachau
- Martin Zech, München
- Christian Staerk, München
- Stefan A. Martin, München
- Benjamin Schreiber, München
- Gitzenweiler Hof-Campingpark, Martha Müller, Bad Kissingen
- Werner Vögel, Landsberg

ANZEIGEN IM KOMPASS

Mediadaten jetzt selbst herunterladen! Geben Sie dazu einfach den Link: <http://db.tt/QmobHvPD> in Ihren Internetbrowser ein!

Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

18. September – Ausschuss Außenwirtschaft: Hubert Stärker, Vorsitzender des Ausschusses für Außenwirtschaft, begrüßte am 18. September in München S.E. Dr. Nurlan Onzhanov, Botschafter der Republik Kasachstan in der Bundesrepublik Deutschland, Prof. h.c. Reinhold Krämmel, Honorarkonsul von Kasachstan für Bayern und Thüringen, und Nikolaus Knauf, Honorarkonsul der Russischen Föderation sowie Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Knauf-Gruppe. Das Thema des Abends lautete „Kasachstan – Hoffnungsträger für seltene Rohstoffe“.



v.l.n.r.: Bernd-Joachim Pantze, Prof. Reinhold Krämmel, Dr. Nurlan Onzhanov, Nikolaus Knauf, Hubert Stärker

20. September – Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik: „Rohstoffsicherung für die deutsche und europäische Wirtschaft im globalen Wettbewerb“ beschäftigte am 20. September den Energieausschuss. Unter Leitung des Vorsitzenden Armin Geiß diskutierten die Teilnehmer mit den Referenten Dr. Christian Ruck, MdB, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, und Dr. Dierk Paskert, Geschäftsführer/CEO, RA Rohstoffallianz GmbH.



v.l.n.r.: Dr. Dierk Paskert, Dr. Christian Ruck MdB, Armin Geiß, Dr. Jürgen Hofmann

27. September – Junge Unternehmer und Ausschuss Energie- und Rohstoffpolitik Zu einer gemeinsamen Veranstaltung des Ausschusses Energie- und Rohstoffpolitik und der Jungen Unternehmer luden die

Vorsitzenden Armin Geiß und Maximilian Faltlhauser am 27. September ein. Die Referenten Willi Balz, Vorstandsvorsitzender der Windreich AG, und Peter Niewöhner, Leiter Vertrieb Windenergy GmbH, berichteten über Offshore-Windenergie und die damit verbundenen Chancen für die Energiewende.



v.l.n.r.: Peter Niewöhner, Maximilian Faltlhauser, Willi Balz, Armin Geiß

28. September – Bezirk Augsburg: Nur noch eine ‚halbe‘ Magistrale? – Die neuen EU-Pläne für die Bahnachse Paris-Wien-Budapest und ihre Folgen für die Region standen im Mittelpunkt einer gemeinsamen Veranstaltung der IHK Schwaben und des Wirtschaftsbeirates Bayern am 28. September. Der Vorsitzende des Bezirks Augsburg Dr. Georg Haindl eröffnete die Veranstaltung.



Drei Vorträge und eine hochrangig besetzte Podiumsdiskussion mit MdEP Markus Ferber, MdEP Bernd Posselt, Ellen Kray (Beraterin des EU-Koordinators Prof. Balázs), Mdirig. Hans Peter Göttler (Leiter Verkehrsabteilung Bayerisches Staatsministerium Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr, Technologie), Günther Knoblauch (Erster Bürgermeister Mühldorf/Inn), Herbert Scheel (Vizepräsident IHK Schwaben) und Hans Hammer (Vorstand der Hammer AG München und Vorsitzender des Bezirks München im Wirtschaftsbeirat) schlossen sich an. Die Moderation hatte Peter Stöferle (IHK Schwaben).

4. Oktober – Bezirk Jurakreis: Gerd Ortner, Vorsitzender des Bezirks Jurakreis, lud am 4. Oktober zum Kaminesgespräch 2012 in das Ringhotel Die Gams in Beilgries ein. Mitglieder und Gäste des Wirtschaftsbeirats

nutzten die Gelegenheit zu einem intensiven Meinungsaustausch zu aktuellen Fragen der Landes- und Bundespolitik mit den Abgeordneten Albert Füracker und Dr. Reinhard Brandl. Die Bewältigung der Staatsschuldenkrise in Europa kam dabei ebenso zur Sprache wie die Energiewende und die Fachkräftesicherung im ländlichen Raum bei insgesamt alternder und schrumpfender Bevölkerung.



v.l.n.r.: Gerd Ortner, Albert Füracker, Dr. Reinhard Brandl

5.-6. Oktober – Arbeitskreis Kirchen: Bereits auf eine lange Tradition kann das Klosterwochenende des Arbeitskreises Kirchen zurückblicken. In diesem Jahr begrüßte der Vorsitzende Prof. Dr. Martin Balle die Teilnehmer im Berghotel Maibrunn in St. Englmar. Prof. Dr. Erwin Möde, Universität Eichstätt, verdankten die Teilnehmer am Abend des 5. Oktober theologisch-philosophische Gedanken zum Thema „Sagst Du das aus Dir selbst?!“. Bei der 3-stündigen Wanderung am darauf folgenden Tag zeigte sich der Bayerische Wald bei goldenem Herbstwetter von seiner besten Seite.



7. Oktober – Junge Unternehmer: Wie auch in den vergangenen Jahren gab es wieder einen gemeinsamen Oktoberfest-Besuch der Jungen Unternehmer. Dr. Marc Tenbücken, Vorstand der Jungen Unternehmer, hatte exklusiv Plätze im Mittelschiff des Schützen-Festzelts gleich gegenüber der Musikband reserviert. 50 Mitglieder und Gäste der Jungen Unternehmer konnten so die ganz besondere Stimmung des letzten Wiesn-Tags erleben.

Terminvorschau

30. Oktober, München

Ausschuss für Medienpolitik: Alexander Dobrindt, MdB, Generalsekretär der CSU, „Verantwortung der Medien in der Eurokrise“

5. November, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Dr. Theo Waigel, Bundesfinanzminister a.D., Anti-Korruptions-Beauftragter (Compliance Monitor der Siemens AG), „Stärkt Compliance die deutschen Unternehmen?“

8. November, München

Junge Unternehmer: Dr. Stefan Bergheim, Direktor Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt e. V.

15. November, München

Generalversammlung mit Horst Seehofer, Bayerischer Ministerpräsident, und Dr. Christopher Pleister, Sprecher des Leitungsausschusses der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung, „Kurs halten. Stabilität sichern. Zukunft gewinnen.“

19. November, München

Ausschuss für Umweltpolitik: Dr. Marcel Huber, MdL, Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit, „Bayerns Weg in ein neues Energiezeitalter“

20. November, München

Ausschuss für Wirtschaftspolitik: Dr. Karsten Schween, Geschäftsführer der INTES Beratung für Familienunternehmen GmbH, „Erfolgreiche Inhaber-Strategien: Wie kann

man den Zusammenhalt von Inhaberfamilien und den Erfolg des Familienunternehmens nachhaltig absichern?“

26. November, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Professor Dr.-Ing. Josef Neiß, Abteilungsleiter Energie, Bergbau, Rohstoffe, Umweltfragen, Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

30. November, München

Bezirk München: Münchner Wirtschaftstag, „Wirtschaftsfaktor Kunst- und Kulturstandort – Herausforderungen für die Metropolregion München“

7. Dezember, Nürnberg

Ausschuss für Tourismus: Nürnberger Christkindlesmarkt

10. Dezember, Regensburg

Bezirk Regensburg: Weißwurstfrühstück mit Abgeordneten

12. Dezember, München

Junge Unternehmer: Weihnachtsabend

20. Dezember, München

Ausschuss für, Industrie, Technologie und Innovation: Prof. Dieter Kempf, Präsident des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM), Dr. Peter Thelen, Geschäftsführer des ZVEI Bayern, Karl Christoph Caselitz, CCO der Rittal GmbH

und Co, „Informationstechnik in Bayern – Schrumpfung oder Wachstum?“

2013

10. Januar, Bamberg

Bezirk Bamberg: Dr. Markus Söder, Bayerischer Staatsminister der Finanzen

18. Januar, Selb

Bezirk Hochfranken: Dr. Ulrich Maly, Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg

1. Februar, Aschaffenburg

Bezirk Aschaffenburg: Prof. rer. pol. Dr. phil. Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie, München

26. Februar, München

Bezirk München: Sprechstunde der Münchner Wirtschaft

28. Februar, München

Arbeitskreis Ordnungspolitik: Klaus-Peter Müller, Aufsichtsratsvorsitzender der Commerzbank AG

8.-10. März, Kitzbühel

Junge Unternehmer: Skiwochenende

11.-12. März, Brüssel

Forum Brüssel: Delegationsreise Brüssel

13.-14. Juni, Kloster Banz

Ausschuss für Mittelstandspolitik: Bayerisch-Sächsische Unternehmertage